

Frankfurt, den 11.07.2024

Inhalt:

1. Hessischer Rechtspflegertag 2024 – ein voller Erfolg!
2. Gespräch mit Innenminister Prof. Dr. Poseck
3. Konstituierende Sitzung des Landesvorstands

zu 1. Hessischer Rechtspflegertag 2024 – ein voller Erfolg!



Am 18. April 2024 fand nach sechs Jahren wieder ein Hessischer Rechtspflegertag in Präsenz statt. Während der Corona-Pandemie musste die Veranstaltung leider in einem digitalen Format durchgeführt werden. Umso mehr haben allen Teilnehmenden die persönliche Zusammenkunft in dem historischen Ensemble der Pallottiner in Limburg a. d. Lahn sehr genossen. In diesem Jahr stand der Rechtspflegertag unter dem Motto: „**Gesellschaft von Morgen – Justiz von gestern; die Zukunft der Rechtspfleger(r)**“. Über 200 Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie Gäste waren dem Ruf des BDR gefolgt und den Saal bis auf die letzten

Plätze ausgefüllt.

Schon in seiner Begrüßungsansprache beschrieb der Vorsitzende des BDR Hessen Andreas Reichelt die Zustände in der ordentlichen Gerichtsbarkeit als besorgniserregend. Die Justiz habe aufgrund immer höher wachsender Aktenberge, ständig zunehmendem Arbeitsdruck und einem Mangel an Respekt und Ankerkennung gegenüber den Beschäftigten ein internes und externes Imageproblem. Verbesserungen seien dringend nötig, denn schlussendlich gehe es auch um die Akzeptanz des Rechtsstaates.

Kontakt

Andreas Reichelt
Vorsitzender
E-Mail: hessen@bdr-online.de
Tel.: +49 (0) 6151 992 4373

Mitglied im



dbb
beamtenbund
und tarifunion



E.U.R.

Postanschrift

Bund Deutscher Rechtspfleger
LV Hessen
Gerichtsstr. 2
60313 Frankfurt

In der kurzweiligen, hochaktuellen und mit interessanten Themen gefüllten Podiumsdiskussion unter der bajuwarisch-humorvollen Moderation von Dr. Christian Strasser, Rechtsanwalt und Partner der Rechtsanwaltskanzlei HEUKING in München, hatten die Vertreter der Politik Gelegenheit, die Thematik facettenreich und kontrovers zu diskutieren. Auf dem Podium vertreten waren die rechtspolitischen Sprecherinnen bzw. Sprecher ihrer Fraktionen im hessischen Landtag Tanja Hartdegen (SPD), Jörg Michael Müller (CDU), Marion Schardt-Sauer (FDP) und Tarek Al-Wazir (Bündnis90/Grüne).

Als Diskussionsteilnehmer mitgewirkt haben außerdem, Dr. Karsten Schmidt (Richter am BGH), der hessische dbb-Vorsitzende Heini Schmitt und unser

Landesvorsitzender Andreas Reichelt (BDR Hessen). Besondere Erwähnung verdient, dass der hessische Justizminister Christian Heinz (CDU), der sich bereits mit einer Begrüßungsansprache an die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger gewandt hatte, sich anschließend auch noch die Zeit nahm, um im Rahmen der Podiumsdiskussion Rede und Antwort zu stehen. Einig war man sich darin, dass die Arbeitsbedingungen und die Attraktivität des Berufes dringend verbessert werden müssen. Landesvorsitzender Reichelt betonte, dass die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in Hessen in den letzten 25 Jahren durch Übernahme immer neuer Aufgaben erheblich in Vorleistung getreten seien. Jetzt gelte es, als Reaktion darauf seitens des Haushaltgesetzgebers entsprechende Taten folgen zu lassen. Dankbar vom Plenum aufgenommen wurde, dass der Justizminister signalisierte, das Thema einer Erhöhung der Stellenobergrenzen solle im Sinne des Verbandes bearbeitet werden.

Ein ganz besonderes Glanzstück der Veranstaltung war der Justizchor der Frankfurter Justizbehörden, der unter der Leitung des Kollegen Matthias Roth, mit vier a capella gesungenen Liedern das Programm musikalisch umrahmt hat. In diesem Zusammenhang noch ein herzliches Dankeschön an die Präsidentin des Amtsgerichts Frankfurt am Main, die es den vielen Bediensteten des Amtsgerichts im Justizchor ermöglicht hat, diesen Beitrag zum Hessischen Rechtspflegertag zu leisten.

Auch der Bezirksgruppe Limburg, die für die gesamte Organisation verantwortlich war, danken wir an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich. Der Rechtspflegertag wurde von den anwesenden Kolleginnen und Kollegen nach den hier vorliegenden Rückmeldungen als sehr gelungen bewertet. Die Zeit war mehr als reif dafür, die Arbeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger zu würdigen und in den Mittelpunkt zu stellen!

In der Nachmittagsveranstaltung, traditionell die Mitgliederversammlung des Landesverbandes, gab es neben einer Fragestunde zu berufsspezifischen Themen mit dem Leiter des Personalreferates beim Oberlandesgericht, Frank Schmid, zwei weitere Highlights: Einerseits wurde der Landesvorstand neu gewählt.



v.l.n.r. Dr. Schmidt, Hartdegen (SPD), StM Heinz, Reichelt, Schmitt (DBB), Müller (CDU), Schardt-Sauer (FDP), Al- Wazir (B90/Grüne)

Neben Andreas Reichelt, der als Vorsitzender einstimmig bestätigt wurde, wurden als stellvertretende Vorsitzende gewählt:

- Stefanie Bäuml (Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Neuwahl)
- Verena Gölzhäuser (Amtsgericht Marburg, Neuwahl)
- Ute Logemann (Staatsanwaltschaft Darmstadt, Neuwahl)
- Laura Oestreich (Amtsgericht Wetzlar, bestätigt)
- Peter Ramrath (IT-Stelle, bestätigt)
- Dorothee Rossmann (Amtsgericht Darmstadt, Neuwahl)
- Christin Thomasberger (Amtsgericht Darmstadt, bestätigt)
- Edgar Wallmeroth (Amtsgericht Gießen, bestätigt) und
- Linda Walter (Amtsgericht Frankfurt am Main, bestätigt)

Der Landesvorstand ist damit seinem Ziel, jünger und weiblicher zu werden, weiter vorangekommen.

Aus dem Vorstand nach langjähriger Tätigkeit ausgeschieden sind Heike Wallrabenstein, Hiltrud Muskalla und Andreas Lang. Ihre jahrzehntelange ehrenamtliche Arbeit wurde durch den Vorsitzenden Andreas Reichelt gebührend gewürdigt.

Aufgrund ihrer ganz maßgeblichen Beteiligung an der Entwicklung des Berufsverbandes wurden Hiltrud Muskalla und Andreas Lang auf Beschluss der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern des BDR Hessen ernannt. Die Urkunden über die Ehrenmitgliedschaft überreichte unser Ehenvorsitzender Karl-Heinz Fischer, was die beiden besonders erfreute.



v.l.n.r. Reichelt, Lang, Muskalla, Fischer

Hiltrud Muskalla hat 30 Jahre im Landesvorstand mitgewirkt. Sie war bei allen Vorsitzenden stets präsender Ansprechpartner. Nur eine Wahlperiode weniger beträgt die Amtszeit von Andreas Lang im Landesvorstand des BDR Hessen. Beide haben aufgrund ihrer umfassenden fachlichen und persönlichen Kompetenz die Geschicke des Berufsverbandes maßgeblich und erfolgreich mit gelenkt. **Herzlichen Dank nochmals für die geleistete Vorstandsarbeit!**

Der Rechtspflegertag hat in seiner Mitgliederversammlung die folgenden Entschlüsse gefasst (verkürzte Wiedergabe):

Entschlüsselung I: **Pebbsy 100% endlich umsetzen!**

Seit der Einführung des **Personalbedarfsberechnungssystems PebbSy*** im Jahr 2008 lag die Belastung bei den Hessischen Gerichten und Staatsanwaltschaften zu keinem Zeitpunkt bei dem vorgesehenen Deckungsgrad von 100%.

Der Hessische Rechtspflegertag 2024 fordert die Verantwortlichen auf, endliche einen Belastungsgrad von PebbSy 100 für die hessischen Gerichte und Staatsanwaltschaften herzustellen.

Entschließung II: Anhebung der Stellenobergrenzen in A 12 und A 13. Die derzeit bestehenden Stellenobergrenzen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sind anzuheben

- von 25 % auf 30 % in der Besoldungsgruppe A 12
- von 8 % auf 10 % in der Besoldungsgruppe A 13

Die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in Hessen haben durch die Übernahme immer neuer Aufgaben seit 1998 vorgelegt.

Der Hessische Rechtspflegertag fordert die Verantwortlichen auf, die Anhebung der Stellenobergrenzen nun unverzüglich umzusetzen.

Entschließung III: Angemessene und gleiche Arbeitsbedingungen und Beförderungsperspektiven für alle Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in Hessen

Die Belastungen sind für alle Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in Hessen zu hoch und die Beförderungsperspektiven lassen allgemein zu wünschen übrig. Bei den Staatsanwaltschaften und in den Fachgerichtsbarkeiten werden hier mitunter traurige negative Rekorde erzielt.

Der Hessische Rechtspflegertag 2024 fordert den hessischen Minister der Justiz und für den Rechtsstaat daher auf, für angemessene Arbeits- und Beförderungsbedingungen der Rechtspflegerschaft in allen Bereichen zu sorgen.

Die Entschlüsse wurden unmittelbar nach dem Rechtspflegertag den Verantwortlichen zur Kenntnis gegeben.

Zu 2. Gespräch mit Innenminister Prof. Dr. Poseck

Der auf dem Hessischen Rechtspflegertag im April neu gewählte Vorstand hat bereits am 13. Juni 2024 ein erstes und für die Verbandsarbeit sehr wichtiges Gespräch führen können. Andreas Reichelt als Vorsitzender sowie die beiden neu in den Vorstand gewählten Kolleginnen Ute Logemann und Verena Gölzhäuser wurden von Innenminister Prof. Dr. Poseck in Begleitung von Herrn Soldo aus dem Ministerbüro sowie dem Abteilungsleiter für Dienst- und Tarifrecht, Herrn Gortner in den Räumlichkeiten des Innenministeriums in Wiesbaden zu einem Gespräch empfangen. Ebenfalls zugegen war aus dem der Zentralabteilung des Hessischen Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat, Frau Adelsberger, Referatsleiterin für die Personalsachen des gehobenen Justizdienstes.

In angenehmer Gesprächsatmosphäre konnte mit Staatsminister Prof. Dr. Poseck u. a. über die beim Rechtspflegertag verabschiedete Entschließung II zur Anhebung der Stellenobergrenzen für die Besoldungsgruppen A12 (von 25% auf 30%) und A13 (von 8% auf 10%) gesprochen werden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kabinetts und der Verabschiedung durch den Landtag stellte der Innenminister eine Umsetzung im Rahmen einer Evaluierung des Hessischen Besoldungsgesetzes möglicherweise noch in diesem Jahr in Aussicht. Die Umsetzung würde ein Mehr an Beförderungsstellen in den Besoldungsgruppen von A12 und A13 von mehr als 50 Stellen zur Folge haben, was zu einer spürbaren Verbesserung der Beförderungsaussichten führen würde. Der Landesvorstand wird bei diesem Thema nicht nachlassen und die Umsetzungsschritte aufmerksam verfolgen.

Ein weiteres Gesprächsthema war die Gewinnung von pensionierten Kolleginnen und Kollegen für bestimmte Aufgaben, um auf diese Weise eine Entlastung der im operativen Geschäft tätigen Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger zu erreichen. Der Vorstand denkt dabei an einen Einsatz von Ruheständlern natürlich auf freiwilliger Basis z. B. für ein Mentoring junger Kolleginnen und Kollegen oder auch zur Unterstützung bei großen, außerplanmäßigen Projekten wie z. B. der Umsetzung des Datenbankgrundbuchs.

Klar ist, dass hierfür dienstrechtliche Änderungen erforderlich wären und finanzielle Anreize gesetzt werden müssen. Auch die innerhalb der Landesverwaltung stattfindenden Abwerbungen von Rechtspflegerinnen und _Rechtspflegern waren Thema. Bekanntlich sind wir als gut ausgebildete Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in allen Teilen der Landesverwaltung gern gesehen, welches für die Justiz jedoch gerade in Nordhessen durch einige Abwerbungen Probleme macht und die Personalausstattung zusätzlich schwächt. Diese „Einbahnstraße“ zu Lasten der Justiz ist ein fortwährendes Ärgernis. Der Vorstand hat seinen Unmut hierüber zum Ausdruck gebracht und verlangt, dass jedes Ressort sein Nachwuchspersonal selbst auszubilden und eine Raub- oder unmittelbare Wiederernennung von abgeworbenen Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern zu unterbleiben habe.

Zu 3. Konstituierende Sitzung des Landesvorstandes

Am 14. Juni 2024 traf sich der neu gewählte Landesvorstand zur konstituierenden Sitzung in Frankfurt am Main. Hierbei konnten sich zunächst alle Vorstandsmitglieder – soweit noch nicht bekannt – persönlich kennenlernen und erstmals gemeinsam über die Themen und zukünftigen Schwerpunkte der Verbandsarbeit austauschen.

Dadurch, dass Hiltrud Muskalla, Andreas Lang und Heike Wallrabenstein aus dem Landesvorstand ausgeschieden sind, waren auch zahlreiche Aufgaben innerhalb des Landesvorstandes neu zu verteilen. In konstruktiver Atmosphäre ist dies unter Berücksichtigung der individuellen persönlichen Vorstellungen und Kompetenzen sowie der berufsverbandsspezifischen Prioritäten sehr gut gelungen, so dass der Landesvorstand bestens aufgestellt in die neue Amtszeit gestartet ist.

Als Schwerpunkte der Verbandsarbeit für die nächste Zeit sehen wir die Verbesserung der Beförderungsperspektiven im Einklang mit einer grundsätzlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die Werbung von Nachwuchskräften und last but not least die Stärkung unserer Öffentlichkeitsarbeit, um unseren Beruf bekannter zu machen.

Bäuml – Gölzhäuser – Logemann - Oestreich – Ramrath - Reichelt –
Rossmann - Thomasberger – Wallmeroth - Walter